EBERSBERGER UMSCHAU

APRIL/ MAI 1982

Mitteilungsblatt der SPD für die Bürger der Kreisstadt Ebersberg

SPD stellt sich hinter Baulandgesellschaft

Bei der ersten Stadtratsitzung im neuen Jahr wurde in Ebersberg die „Baulandgesellschaft Ebersberg mbH" ins Leben gerufen. Mit der Gründung dieser Erwerbsgesellschaft, alleiniger Gesellschafter ist die Stadt Ebersberg, wurde ein Instrumentarium geschaffen, welches die Baulandnot mildern und die Wohnungsversorgung der einheimischen Bevölkerung verbessern soll.

Der Geburtsstunde der Gesellschaft gingen lange und auch kontroverse Debatten im Stadtrat voran. Während sich die örtliche CSU an der Frage der Baulandbeschaffung spaltete, steht die SPD Ebersberg voll hinter dem gefaßten Grundsatzbeschluß (siehe Seite **3** – Grundsatzbeschluß). Fraktionsvorsitzender Sepp Geislinger sowie die Stadträte Robert Schurer und Sepp Schenk erläuterten die Gründe für die SPD:

- Die letzten Baulandreserven sollen künftig verstärkt der einheimischen Bevölkerung zugeführt werden,
- die Stadt ist aufgrund ihrer topographischen Lage nicht unbegrenzt erschließbar,
- ein „Ausverkauf Ebersbergs" soll verhindert werden,
- eine „soziale Erosion" muß unterbunden werden,
- die künftige Entwicklung Ebersbergs muß organisch (geregeltes Wachstum) vor sich gehen und
- **für uns Sozialdemokraten steht die Förderung des sozialen Wohnungsbaues weiterhin im Vordergrund!**

Die Baulandgesellschaft ist freilich nur ein Teil der Instrumente, die die Stadt künftig anwendet, um Bauland zu reservieren. Die Gesellschaft soll sich mit der Beschaffung und Veräußerung von Grundstücken befassen. Sie soll dann tätig werden, wenn andere Möglichkeiten, Bauland für Einheimische zu sichern, nicht ausreichen. Für die Grundstücksgeschäfte muß die Baulandgesellschaft natürlich in Form von Kreditaufnahme den freien Kapitalmarkt beanspruchen; eine Finanzierung, die aus der Substanz des städtischen Haushalts nicht mehr möglich gewesen wäre. Eines ist aber klar: eine Verbilligung des Baulandpreises wird man damit direkt nicht erreichen können.

die Redaktion

Liebe Leser!

Diese "EBERSBERGER UMSCHAU" entstand während des Bundesparteitages der SPD vom 19.-23. April in der Münchner Olympiahalle.

Der von der Presse und Öffentlichkeit mit Spannung erwartete Parteitag verlief anders, als sich das so manche erwartet hatten. So werteten die Delegierten und Beobachter die Reden von Parteivorsitzenden Willy Brandt und von Bundeskanzler Helmut Schmidt als positive Zeichen in Richtung Neubeginn. In offener Diskussion war der Parteitag geprägt durch den gemeinsamen Willen, die sozial-liberale Koalition wieder zu festigen. Ob dies gelingt, wird sich auch daran entscheiden, inwieweit die SPD-Bundestagsfraktion künftig sozialdemokratische Grundpositionen einbringen kann. Eines will die SPD in jedem Fall: Arbeit für alle in Frieden und sozialer Sicherheit!

Familienbad am Klostersee sanieren

Nach den Vorstellungen der Ebersberger Sozialdemokraten ist das Familienbad am Klostersee dringend sanierungsbedürftig. Durch eine gründliche Sanierung soll der Freizeit- und Erholungscharakter der Kreisstadt gestärkt und ausgebaut werden.

Zu Beginn des Sommers 1982 wird das Familienbad Klostersee 60 Jahre alt. Wenn bis dahin nichts geschieht, erleben die Badeanlagen ein trauriges Jubiläum. Dabei hat der Ebersberger Klostersee mit seinem Bad eine so schöne Tradition. In den zwanziger Jahren warb die damalige Marktgemeinde Ebersberg zusammen mit dem Verschönerungsverein über die Grenzen Oberbayerns hinaus für den „Luftkurort mit den erfrischenden Bädern". Und auch noch in Prospekten aus den 60er und 70er Jahren war das Familienbad Klostersee stolz vermerkt. Doch schon damals begann eine Trübung des Badevergnügens. Zum einen mußte der See, wie viele andere Gewässer auch, zunehmend mehr Schmutzwasser aufnehmen, zum anderen kam es leider immer öfter vor, daß er als Müllhalde mißbraucht wurde, was spätestens beim Auslassen des Sees zutage kam.

Natürlich änderte sich mit der wachsenden Mobilität der letzten zwei Jahrzehnte auch das Freizeitverhalten der Ebersberger. Der zum Lebensstandard gehörende Sommerurlaub oder der Wochenendausflug führten dazu, daß der Klostersee um 1970 mehr und mehr zum Badesee der Jugendlichen und Kinder wurde.
Nachdem die Umweltschutzgesetze auch in Ebersberg durch den Ausbau des Klärwassersystems wieder für eine deutliche Verbesserung der Wasserqualität sorgten und in den letzten Jahren auch Erwachsene wieder vermehrt die Bade- und Erholungsmöglichkeiten in der näheren Umgebung nutzten, hat das Familienbad Klostersee wieder einen Platz im Angebot der Ebersberger Freizeit- und Erholungsmöglichkeiten. Und immer öfter sah man in den letzten Jahren wieder Münchner im Klostersee baden, die abseits vom großen Rummel ein paar erholsame Stunden verbringen wollten.
Entgegen dieser erfreulichen Entwicklung boten jedoch die Badeanlagen selbst in den vergangenen Jahren kein so erfreuliches Bild. Zwar wurden die nötigsten Reparaturen getätigt, aber die hölzernen Badekabinen, das fast

Fortsetzung siehe Seite 2

Über 200 Kinder beteiligten sich am Palmsonntag beim traditionellen Ostereiersuchen des SPD-Ortsvereins und hatten großen Spaß; hier gerade beim Malen von "Osterhasen".

Fortsetzung von Seite 1

romantische Eingangshäuschen und die Cafe-Terrasse verkommen immer mehr. Damit verbunden war das Problem der Verpachtung. Skepsis durch verregnete Sommer und vermutlich die teilweise stark verwitterten Badeanlagen waren wohl ausschlaggebend, daß die Kommune im Sommer 1981 keinen neuen Pächter fand und so die ohnehin vormals billigen Eintrittsgelder nicht mehr erhoben wurden.

Wie ist der derzeitige Sachstand seitens der Stadt? Im Haushalt 1982 wurden 35 000 DM veranschlagt, um dringend notwendige Reparaturen auszuführen sowie Auflagen des Gesundheitsamtes zu erfüllen. Nachdem das ehemalige Cafe Staudenraus durch einen neuen Pächter wieder seinem alten Zweck zugeführt wurde, legte die Stadt einen befestigten Weg vom Bad zum Cafe an. Des weiteren hat die Wasserwacht Ebersberg der Stadt einen Vorschlag bezüglich der Sanierung des Bades unterbreitet. So erfreulich diese Initiative ist, es fehlt noch immer eine Planung der Stadt. Deshalb beschlossen die Ebersberger Sozialdemokraten Anfang März 82, sich für eine vollständige Sanierung des gesamten Bades einzusetzen. Nach Ansicht der SPD soll das Bad seine Funktion im Erholungs- und Freizeitcharakter der Kreisstadt wiedergewinnen. Dies nicht zuletzt im Zusammenhang mit einer Zukunftsvorsorge, die angesichts künftiger Energieprobleme die stärkere Inanspruchnahme heimischer Umwelt für die Erholung einkalkulieren sollte. Dazu ist es erforderlich, daß die Stadt ein Sanierungskonzept erstellt.

Folgende Punkte müssen dabei in jedem Falle berücksichtigt werden:

1. Das Bad muß wieder voll funktionsfähig sein, d. h.

a) es müssen auch künftig Umkleidekabinen angeboten werden
b) die Spiel- und Sportanlagen sollen erneuert werden
c) die Duschmöglichkeiten sind zu verbessern und außerdem
d) sollen Möglichkeiten gesucht werden, das Terrassencafe wieder zu bewirtschaften.

2. Der See muß von allen bisherigen Verschmutzungsgefahren geschützt werden. Dazu sind

a) regelmäßige Wasserkontrollen an verschiedenen Stellen durchzuführen und zu veröffentlichen, sowie
b) noch vorhandene Verunreinigungsquellen sofort zu beseitigen und
c) wenn dies nicht möglich ist, Planungen vorzunehmen, um abwassertechnische Maßnahmen einzuleiten.

3. Die Stadt hat die Aufgabe, das traditionsreiche Bad dauerhaft zu erhalten. Hierzu soll die Stadt alle finanziellen, planerischen und technischen Möglichkeiten prüfen, um eine vollständige Sanierung bereits 1983 ins Auge zu fassen.

Es kann nicht oft genug gesagt oder geschrieben werden: Sanieren bedeutet heute in einem fortschrittlichen Sinne nicht „abreißen", sondern erhalten und modernisieren unter Beachtung gewachsener und gegebener Strukturen. Unser altes Familienbad sollte nach diesem Grundsatz behandelt werden: als ein Stück altes und liebenswertes Ebersberg.

SPD-Ortsverein Ebersberg

Aus der Stadt

Die Deutsche Bundespost beabsichtigt in Ebersberg ein Telefonhäuschen aufzustellen, das speziell auf die Bedürfnisse von Behinderten und Rollstuhlfahrern zugeschnitten ist. Vorschläge für einen möglichen Standort in Ebersberg nimmt der SPD-Ortsverein oder auch die Stadtverwaltung entgegen.

SPD-Bundesparteitag in der Münchner Olympiahalle

Parteitag

Zum dritten Male, nach 1902 und 1956, veranstaltet die größte Partei Deutschlands in München ihren Parteitag. Ein gutes Vierteljahrhundert ist es also her, daß sich die Bundes-SPD in München traf. Schwerpunkte des damaligen Parteitages im Kongreßsaal des Deutschen Museums waren die kritische Auseinandersetzung mit dem von der Adenauer-Regierung erlassenen Wehrpflichtgesetz, sowie eine ausführliche Diskussion über die „zweite industrielle Revolution".

Nach über 25 Jahren gigantischem Wachstum sind beide Problempunkte direkt oder indirekt wieder Hauptpunkte auf der Tagesordnung der Bundesdelegierten. Nur, daß wir jetzt in der „dritten industriellen Revolution" stehen, und daß es nicht mehr um die Wiedereinführung einer deutschen Bundeswehr geht, sondern um eine wirkungsvolle Begrenzung eines wahnsinnigen Wettrüstens in Ost und West. Die Bundesrepublik Deutschland, Europas Industrienation Nummer 1, steht heute vor großen Problemen in der Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik. Ein sich ständig vollziehender technologischer Wandel ist drauf und dran, immer mehr Arbeitsplätze im Bereich der industriellen Produktion vollständig zu automatisieren und damit wegzurationalisieren. Auf diese Art und Weise erhalten sich die Unternehmungen ihre betriebswirtschaftliche Funktion, aber gleichzeitig verlieren wir unsere volkswirtschaftliche Stabilität durch mittlerweile 1,8 Millionen Menschen ohne Arbeit. Ohne das Für und Wider dieses technologischen Wandels ausführlich diskutieren zu wollen, läßt sich eindeutig sagen, daß wir heute von ihm beherrscht werden, anstatt daß wir (die Arbeitnehmer und die Gewerkschaften) den technologischen Wandel beherrschen. In dieser Problematik wird der Sinn alter und zugleich aktueller gewerkschaftlicher und sozialdemokratischer Forderungen nach Demokratisierung in Form von echter Mitbestimmung in der Wirtschaft erst wirklich klar und plausibel. Es ist heute notwendiger denn je, daß die Arbeitnehmerschaft Technik und Kapital mitbestimmt. Da dies heute in weiten Bereichen der Wirtschaft nicht geschieht, sieht sich eine sozialdemokratisch geführte Bundesregierung plötzlich vor die Situation gestellt, entgegen ihrer ureigensten Absicht soziale Errungenschaften wieder abzubauen, um den Bundeshaushalt auszugleichen. Denn die Kosten für die Arbeitslosen trägt nicht der rationalisierungsfreudige Unternehmer, sondern der Staat – und das sind in diesem Falle dann die Arbeitnehmer.

Zum zweiten großen Problem des Bundesparteitages.

Seit der Regierung Brandt hat nach unserer Ansicht keine Regierung der Welt mehr für den Frieden getan, als die sozial-liberale Koalition in Bonn. Menschliche Erleichterungen durch die Ostpolitik und die Gesprächsvermittlung von Bundeskanzler Schmidt auch nach der Afghanistan-Invasion der Sowjets zwischen den Supermächten sind unverzichtbare Leistungen der deutschen Sozialdemokratie für den Weltfrieden. Jene, wie die CSU, die darüber spöttisch polemisieren, werden dies nie verstehen. Daß wir trotzdem als Bundesrepublik durch unsere geographische Lage mehr denn je durch die Hochrüstung in Ost und West bedroht werden, ist kein Widerspruch zur Friedenspolitik der SPD, aber eine Folge dessen, daß eben nicht alle Regierungen in Ost und West so gehandelt haben. Natürlich steht im Mittelpunkt dieser Problematik der Nachrüstungsbeschluß. Während Helmut Schmidt und die Bundesregierung die Stationierung weiterer Atomraketen in unserem Lande als notwendiges „Nachrüsten" bezeichnen, gibt es in der SPD einen ständig wachsenden Teil, der die Atomraketenstationierung in Deutschland ablehnt. Stichwort Friedensbewegung: Ein Teil dieser Bewegung bekundet seine „offene Feindschaft" zu der Regierungspartei SPD, ein anderer – und ich glaube der gewichtigere – Teil dieser Friedensbewegung kommt aus dem christlichen und sozialdemokratischen Lager. Und nun melden sich auch in den USA immer mehr prominente Politiker, meist aus der demokratischen Partei, die der grundsätzlichen Absicht unserer bundesrepublikanischen Friedensbewegung recht geben. So wird deutlich, was für den Großteil der Friedensbewegung schon immer klar war: Es geht nicht gegen die USA allgemein, sondern um die unserer Meinung nach wahnwitzige Rüstungspolitik des derzeitigen amerikanischen Präsidenten und seiner Regierung. Wer offen bekundet, daß er militärisch den Ostblock totrüsten will, meinte ein amerikanischer Bischof, der setzt ein Zeichen in die falsche Richtung.

In dieser differenzierten Betrachtungsweise liegt die Möglichkeit, als Sozialdemokrat aktiv für die Friedensbewegung zu arbeiten – und zugleich in der Partei einen Dialog mit dem Regierungsflügel zu führen, auch wenn dieser als Bündnispartner der NATO gemeinsam mit der Regierung der USA die Nachrüstung durchführen will. Letztendlich soll die SPD eine Entscheidung über die Nachrüstung auf einem Sonderparteitag 1983 treffen.

Wichtig ist noch zu sagen, daß die Sozialdemokratie diese Schicksalsfragen diskutiert und somit Entscheidungen generell demokratisch vorbereitet. Die Bonner Oppositions-Parteien tun dies nicht, oder sprich CSU: „Einer denkt, alle anderen schauen zu". Zwar gelingt es der Union damit bedauerlicherweise, in der Wählergunst gut dazustehen, doch könnte man dies mit der mangelnden Bereitschaft vieler Bundesbürger erklären, sich ebenfalls mit diesen für die Gesellschaft so wichtigen Fragen genau auseinanderzusetzen.

Ich würde die SPD vorsichtig optimistisch als eine Partei beschreiben, die an den derzeitigen Problemen hart zu beißen hat, die Themen jedoch auf die Dauer gesehen besser verdaut. Somit ist sie nur ein Spiegelbild der Gesellschaft. Im Gegensatz zur Union, die da denkt, wer weniger diskutiert, der kann besser handeln. Kurzfristig vielleicht schon, aber bestimmt in die falsche Richtung! Hoffentlich bleibt es der bundesdeutschen Arbeitnehmerschaft erspart zu erleben, in welcher Weise eine neue CDU/CSU-Regierung entscheiden würde. Sozialabbau wäre dann an der Tagesordnung, und Rüstungspolitik würde eben gemacht – und nicht mehr diskutiert.

Ewald Schurer

Am Rande notiert:

Bereits im Februar 1980 beantragte die SPD-Fraktion im Ebersberger Stadtrat die Bildung eines Wohnungsbauausschusses. Nach den Vorstellungen der SPD sollte dieser Ausschuß im Bereich des Wohnungsbaus Initiativen entwickeln, die zur Behebung der Wohnungsnot führen. Nicht viel anders stellt sich jetzt die neugegründete Gesellschaft der Stadt dar: ein zusätzlicher „Ausschuß", dem die Aufgabe übertragen wurde, die Baulandgeschäfte unter Kontrolle zu bringen. Der SPD-Antrag im Jahr 1980 aber wurde unter Hinweis auf „Verzahnung von Aufgabenbereichen und Mehrarbeit" zurückgestellt. Aber trotzdem: die SPD-Initiative hat nachgewirkt ...

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger!

Weil wir dem nachstehenden „Grundsatzbeschluß" des Ebersberger Stadtrats große Bedeutung beimessen und auch Hoffnungen für die künftige Siedlungs- und Wohnungsbaupolitik der Stadt haben, drucken wir den Beschluß im Wortlaut für Sie ab. Kern der Beschlüsse: Die Stadt weist künftig nur noch Bauland aus, wenn sie sich gleichzeitig auch die Verfügungsrechte dafür sichert.

1. Aus den in der Vormerkung vom 20. 10. 1981 dargelegten Gründen wird künftig grundsätzlich
   a) Bauland nur mehr ausgewiesen und
   b) Bauland nur mehr geschaffen,
   wenn und soweit dies der Deckung des Eigenbedarfs der einheimischen Bevölkerung im Rahmen eines organischen Wachstums der Stadt dient.
   Die Begriffe „Eigenbedarf" und „Einheimische Bevölkerung" sind gesondert zu definieren.
2. Die Nachfrage nach bebaubaren Grundstücken kann grundsätzlich nur innerhalb eines Bereiches befriedigt werden, in dem unwirtschaftliche Aufwendungen erschließungstechnischer Art oder unvertretbare Eingriffe in die vorhandenen städtebaulichen, topographischen und ökologischen Strukturen vermieden werden. Änderungen des gültigen Flächennutzungsplanes sind nur unter den genannten Voraussetzungen zulässig.
3. Schwerpunkte der Bodenpolitik der Stadt sind
   a) die Förderung eigentumsbildender Maßnahmen für Einheimische und
   b) die Schaffung einer ausreichenden Anzahl von Sozialwohnungen für Ebersberger Bürger.
   Die Bedingungen sind im Einzelfall vom Stadtrat zu bestimmen.
4. Zur Durchsetzung der boden- und baurechtlichen Ziele der Stadt (s. Ziff. 1–3) wird der Stadtrat im Grundsatz neues Baurecht nur schaffen und vorhandenes Baurecht nur anpassen, wenn durch geeignete Maßnahmen vertraglicher oder eigentumsrechtlicher Art sichergestellt ist, daß Fehlentwicklungen ausgeschlossen werden können.
5. Soweit nicht durch andere Maßnahmen (rechtsverbindliche Ausweisung von Grundstücken für den sozialen Wohnungsbau, Weilheimer oder Traunsteiner Modell, anderweitige Verträge etc.) die Bindung der Baurechtsausweisungen an den örtlichen Bedarf erreicht werden kann, sind die hierfür geeigneten Grundstücke durch die Stadt oder von ihr beauftragte Dritte zum Zwecke der Bevorratung anzukaufen.
6. Der Stadtrat beauftragt die Verwaltung, unverzüglich die nötigen Schritte zur Gründung einer zu 100% der Stadt gehörenden Baulandbeschaffungsgesellschaft einzuleiten. Mit den Arbeiten zur Vorbereitung der juristischen Grundlagen (Satzung etc.) wird das Büro Anton Seidl, Dachau beauftragt.
   Die erforderlichen Haushaltsmittel als einmalige Gesellschaftereinlage sind im Haushalt 1982 bereitzustellen.
   Die Gesellschaft soll sich ausschließlich mit der Beschaffung und Veräußerung von Grundstücken (auch Tauschgrund) nach den Weisungen des Stadtrates befassen. Näheres ist in der Satzung, die vom Stadtrat eigens zu beschließen ist, zu regeln.

Wir stellen vor:

Sepp Geislinger Ernst Kurzok

Gemäß ihrer sechs Sitze im Ebersberger Stadtrat ist die SPD im Finanz- und Verwaltungsausschuß mit zwei Sitzen vertreten. Für die Sozialdemokraten sind 3. Bgm. Sepp Geislinger und Stadtrat Ernst Kurzok in diesem Ausschuß. Beide gehören dem Gremium nun bereits die dritte Legislaturperiode an. Während Sepp Geislinger (beruflich als Polizeihauptmeister am Landratsamt Ebersberg tätig) seit dem Jahr 1978 auch als 3. Bürgermeister der Kreisstadt fungiert, gehört Ernst Kurzok (Dienststellenleiter a. D. am Landratsamt) auch noch dem Rechnungsprüfungsausschuß an.
Der Finanz- und Verwaltungsausschuß ist ein Hilfsorgan des Stadtrates, das in der Regel vorberatend tagt, also die Willensbildung im Stadtrat vorbereitet. In vorberatender Funktion befaßt sich der Ausschuß u. a. mit folgenden Bereichen: Haushaltswesen, Finanzplanung, finanzielle Vorbereitung von Bauvorhaben, Zuschußgesuche und Förderung der Vereinswelt, Wirtschaftsförderung, Gewerbewesen, Personalangelegenheiten. Zudem wird der Ausschuß nach der Geschäftsordnung des Stadtrates auf folgenden Gebieten auch beschließend tätig: Straßengrundabtretungen, Behandlung von Eingaben im Vollzug der städtischen Satzungen, Stundungen etc.
Besonderes Anliegen der SPD-Stadträte ist es, die Einnahmequellen der Stadt, Steuern und Abgaben, stabil zu halten, sparsam zu wirtschaften und die Aufgaben der Gemeinde nach der Rangordnung ihrer Dringlichkeit abzuwickeln.

Sie vertreten die SPD im Finanzausschuß des Stadtrates: Fraktionsvorsitzender und 3. Bgm. Sepp Geislinger (links) und Stadtratssenior Ernst Kurzok.

Stadtrat adoptiert „JU-Ente"

Daß auch im Ebersberger Stadtrat nach dem Motto „wir sind die Mehrern, wir sind die Schwerern" abgestimmt wird, wurde wieder in der März-Sitzung deutlich. Bürgermeister Vollhardt stellte das „Familienprogramm" des CSU-Nachwuchses Junge Union zur Abstimmung, das bereits vor einem Jahr erstellt wurde. Die Kritik der SPD-Fraktion richtete sich sowohl gegen die inhaltlichen Aussagen des „Werks", als auch gegen das Verhalten der CSU-Fraktion. Zudem hatte die JU bereits im September 1981 in der Öffentlichkeit verkündet, der Ebersberger Stadtrat habe sich bereits im Juni 1981 (!) den Empfehlungen der JU angeschlossen. Eine schlichte Falschmeldung.

Die Aussagen des „Programms" sind teils allgemein gehalten (Kommunalpolitik muß familienfreundlich sein), oft aber auch illusionär. An anderer Stelle werden dann bereits verwirklichte Ideen und Planungen aufgezählt. Stadtrat Robert Schurer forderte, anstatt politische Allgemeinplätze als der Weisheit letzter Schluß zu verkaufen, Familienfreundlichkeit doch besser in der praktischen Politik zu beweisen. Hier hätten die Antragsteller Defizite aufzuarbeiten.

Letztlich wurde die „JU-Ente" gegen die SPD-Stimmen glatt adoptiert. Der Stadtrat beschloß einen „Warenhauskatalog". Ein Verhalten der Stadtratsmehrheit, das einer gedeihlichen Zusammenarbeit aller im Stadtrat vertretenen Kräfte nicht gerade förderlich ist.

Neuer Abenteuerspielplatz in Süd-West

Auf dem ehemaligen Gelände des Abenteuerspielplatzes unterhalb der Ringstraße in Süd-West entstehen neue Sozialwohnungen. Zum Vorteil der vielen Wohnungssuchenden in Ebersberg und auch nach den Vorstellungen der Ebersberger SPD. Ungeachtet dessen wird es auch künftig einen Abenteuerspielplatz geben – und das ca. 200 Meter südlich des bisherigen Spielplatzgeländes. Der Stadtrat beschloß, die Kosten für die Verlegung des Spielgeländes zu übernehmen. Dabei werden die Einzäunung des neuen Areals, ein Wasser- und Stromanschluß, die Versetzung der Toilettenlage, die Errichtung eines neuen Spielplatz-Zentrums, sowie die intensive Begrünung durch Büsche und Bäume die wichtigsten Arbeiten sein, die in den nächsten Wochen unter aktiver Mitarbeit des Vereins geplant sind.

Ebersberger Frauen und die SPD

„Was ist das – ASF?" – so mag sich manch einer fragen, dem ein Einladungszettel zu irgendeiner Veranstaltung dieser AsF ins Haus flattert. Hinter dieser Abkürzung (Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen) steht eine Frauengruppe, die sich mehr oder weniger regelmäßig trifft; um was zu tun? –
Z.B. um persönliche Erfahrungen auszutauschen oder aktuelle Probleme aus dem engeren Bereich der Gemeinde oder dem Kreis zu diskutieren. Aber auch, um sich direkt über anstehende Probleme zu informieren.
So versuchten wir z. B. zu klären, wie es um die Unterbringung von Kindern im Kreiskrankenhaus steht, das ja über keine eigene Kinderstation verfügt. Da die Einrichtung einer Kinderstation aus den verschiedensten Gründen nicht möglich ist, versuchten wir anzuregen, Kinder, die als Notfälle eingeliefert werden, wenigstens in eigenen Zimmern unterzubringen. Über die Möglichkeiten dazu informierten wir uns an Ort und Stelle bei einem Besuch im Kreiskrankenhaus.
Ein weiteres Thema, mit dem wir uns beschäftigten, war das Problem „Drogen" bei Jugendlichen.
Hierzu konnten wir als Referenten einen Drogentherapeuten gewinnen. Dabei fühlten sich vor allem Eltern heranwachsender Jugendlicher angesprochen.
Bei einer Veranstaltung mit der GEW (Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft) ging es um Probleme, mit denen sich wohl die meisten Eltern schulpflichtiger Kinder irgendwann einmal konfrontiert sehen.
Welche Schule bietet meinem Kind die besten Möglichkeiten, seiner Begabung und Neigung entsprechend gefördert zu werden? Welcher Schultyp ist am ehesten geeignet, auftauchende Konflikte und Schwierigkeiten aufzufangen?
Die Ausführungen zum Thema „Gesamtschule" waren hier sehr aufschlußreich.
Die Möglichkeit bzw. die Gefahr, daß in allernächster Nachbarschaft (Marienberg, 20 km Luftlinie) ein Kernkraftwerk errichtet werden könnte, veranlaßte uns, dieses Thema aufzugreifen, – wieder mit einem Fachmann als Referenten.
Unsere jüngste Veranstaltung befaßte sich mit einem allgemeinen Erziehungsproblem; unter der Überschrift „Wer straft hier eigentlich wen? – Eltern erziehen Kinder, Kinder erziehen Eltern".
In einer sehr lebhaften Diskussion mit zwei Psychologen stellte sich heraus, daß die meisten Eltern hier vor ähnlichen Problemen stehen. Was tue ich dann mit meinem eigenen schlechten Gewissen? Welche Rechte hat das Kind mir gegenüber? Darf und soll ich mich wehren bei Übergriffen auf meine eigenen Rechte? Welches Selbstverständnis habe ich als Mutter? Welche Rolle weist mir die Gesellschaft zu? usw.
Für die weitere Zukunft denken wir an den Aufbau einer Nachbarschaftshilfe und einer Kontaktgruppe für junge Familien.
Unsere Frauengruppe würde sich sehr über Anregungen und Informationen von außen freuen, über Ihre Bereitschaft, gelegentlich an unseren Treffen teilzunehmen, auch oder gerade wenn Sie sich nicht an eine bestimmte Partei gebunden fühlen.
Unsere Treffen sollen ja auch einfach die Möglichkeit bieten, andere Frauen kennenzulernen und zwanglose Kontakte zu knüpfen.
Die Termine zu unseren etwa monatlichen Treffen können Sie jeweils den Tageszeitungen entnehmen.
P.S.: Im übrigen sind die beiden einzigen Frauen im Ebersberger Stadtrat, Erika Schienagel und Rosa Pohmer, Sozialdemokratinnen.

Kontaktadressen der ASF:

Magda Bauer
Ringstr. 46
8017 Ebersberg
Tel. 21564

Bärbel Hopfner
Baldestr. 33
8017 Ebersberg
Tel. 21474

Zur Sache

„Die Arbeit hat Vorrang vor dem Kapital". Diese Feststellung aus der jüngsten Sozialenzyklia der katholischen Kirche entspricht sozialdemokratischer Grundauffassung. Sie bedeutet für unsere derzeitige Situation den Vorrang einer Politik für Vollbeschäftigung. Beschäftigungsmaßnahmen des Bundes und der Länder, eine Senkung der Arbeitszeit und eine weitere Demokratisierung der Wirtschaft sind dazu nach Ansicht des SPD-Kreisvorsitzenden und Landtagskandidaten Peter Dingler weiterhin notwendig.
Dabei muß für Sozialdemokraten die Schaffung und Erhaltung sicherer und qualifizierter Arbeitsplätze ein verbindliches Ziel der Wirtschafts- und Sozialpolitik sein. Hier greift Dingler eine Forderung aus dem Landeswahlprogramm der bayerischen SPD auf, wonach künftig Investitionsförderungen an der Zahl und Qualität der neu zu schaffenden Arbeitsplätze orientiert werden müssen. Nur so sind nach Ansicht der Sozialdemokraten staatliche Förderungsmaßnahmen sinnvoll, da unkontrollierte Förderungsmittel oftmals nur zur Rationalisierung und somit nicht zur Schaffung neuer Arbeitsplätze verwendet würden. Hierzu sollte ebenfalls eine breite Qualifizierungsoffensive angestrebt werden, mit dem Ziel der Vermeidung einer Facharbeiterlücke und der Erleichterung der Wiedereingliederung von Arbeitslosen ins Erwerbsleben. Durch bessere Ausbildung sollte insbesondere auch für jüngere Arbeitnehmer mehr Chancengleichheit hinsichtlich ihres späteren Berufslebens erreicht werden, das durch einen ständigen technologischen Wandel geprägt sein wird, so Dingler in seiner Analyse. Dies ist nach Ansicht des Landtagskandidaten der SPD im Landkreis Ebersberg auch eine Aufgabe der bayerischen Landespolitik. „Gerade regionale Wirtschafts- und Ausbildungsförderung muß künftig verstärkt durch die Landespolitik betrieben werden, um den spezifisch örtlichen Notwendigkeiten auch gerecht zu werden". In welcher Form dazu im Landkreis Ebersberg Maßnahmen ergriffen werden können, darüber wollen die Sozialdemokraten in den nächsten Monaten ausführlich diskutieren.

Aus dem Rathaus

In seiner Dienstag-Sitzung verabschiedete der Ebersberger Stadtrat einmütig den Haushaltsplan 1982. Die Aufstellung des Haushalts gestaltete sich in diesem Jahr schwieriger denn je; neue Projekte können 1982 nicht in Angriff genommen werden. Verminderten Steuereinnahmen auf der einen Seite stehen fast durchwegs vermehrte Belastungen auf der Ausgabenseite gegenüber. Die Realsteuern der Stadt aber werden auch in diesem Jahr unverändert bleiben, während bei den Kanalbenutzungsgebühren eine Erhöhung von 0,85 DM auf 1,15 DM je cbm nicht zu verhindern war. Weil kommunale Einrichtungen nämlich kostendeckend arbeiten müssen, wirkt sich hier die Sanierung der städtischen Kläranlage aus.
Die Steuersätze in Ebersberg betragen: (in Klammern der Landesdurchschnitt 1979 in Bayern für Gemeinden von 5000 bis 10000 Einwohner)

Grundsteuer	A 250 %	(298,50)
Grundsteuer	B 250 %	(269,20)
Gewerbesteuer	300 %	(320,00)
Müllabfuhrgebühren		
110 l-Tonne	14-tägig	88,94 DM
110 l-Tonne	8-tägig	120,36 DM

Neuer Kreisvorstand der SPD

Wiedergewählt wurde Landtagskandidat Peter Dingler in seinem Amt als SPD-Kreisvorsitzender. In einem sehr ausführlichen Rechenschaftsbericht sprach Dingler auch jene politischen Probleme an, die innerhalb der sozialdemokratischen Partei ausführlich diskutiert werden. So meinte der Landtagskandidat, gerade die intensive Diskussion innerhalb der SPD bezüglich der Schicksalsfragen der Nation, wie Frieden und Abrüstung, Energiepolitik und Maßnahmen gegen Arbeitslosigkeit, wird sich langfristig für die Sozialdemokratie und vor allen Dingen für die gesamte Gesellschaft positiv auswirken. Denn „die CSU kann nicht ewig einer notwendigen politischen Diskussion ausweichen".

im Bild: der wiedergewählte SPD-Kreisvorsitzende Peter Dingler, MdB Herman Wimmer und Pressesprecher Ewald Schurer (von li.).

Als beängstigend bezeichnete es der neugewählte Kreisvorsitzende, daß CSU-Landtagsabgeordneter Gürteler ohne Diskussion für Atomkraftwerke wirbt – und sich zugleich für eine derartige atomare Anlage auch im Landkreis Ebersberg ausspricht. „Wir machen uns ebenso Gedanken um die Energieversorgung, jedoch unter Einbeziehung anderer Energiealternativen und auch ökologischer Probleme". Im landespolitischen Teil seiner Rede betonte Dingler, daß die absolute Mehrheit der CSU in Bayern keine ewige Einrichtung sein wird. Seiner Meinung nach liegt es aber auch an der SPD, deutlicher als in der Vergangenheit auf die Mißwirtschaft und auf die Widersprüche in der Staatsregierung hinzuweisen. Der Fall Langemann sei nur ein Beweis dafür, so der SPD-Kreisvorsitzende, der es zugleich erschreckend fand, „daß solche Leute die Verfassungstreue von Bewerbern für den öffentlichen Dienst überwachen".
In der weiteren Wahl der Kreisvorstandsmitglieder wurde neben Susanne Kessler aus Kirchseeon und Wolfgang Schubert aus Poing, der Ebersberger Horst Mette zum stellvertretenden Kreisvorsitzenden gewählt. Weitere Vertreter aus Ebersberg: Stadtrat Ernst Kurzok als Kreiskassier und Ortsvorsitzender Ewald Schurer als Pressesprecher für die Landkreis-SPD.

Impressum: Ebersberger Umschau; Herausgeber: SPD-Ebersberg; Verantwortlich: Ewald Schurer, Richardisweg 1½, 8017 Ebersberg; Druck: Offsetdruck